

März 2017

Gemeinsame Erklärung der FOC über staatlich gesteuerte Netzstörungen

März 2017

Gemeinsame Erklärung der FOC über staatlich gesteuerte Netzstörungen

Thematik

Die Freedom Online Coalition (FOC) äußert ihre ernste Sorge angesichts der stetigen Zunahme vorsätzlicher staatlich gesteuerter Störungen des Zugangs zu Informationen oder deren Verbreitung im Internet. Maßnahmen, die darauf abzielen, Internet- und Mobilfunkdienste für einen bestimmten Teil der Bevölkerung oder ein bestimmtes Gebiet unzugänglich oder praktisch unbrauchbar zu machen, und welche die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf Vereinigungsfreiheit und auf friedliche Versammlung im Internet unterdrücken, schmälern die zahlreichen Vorteile, welche die Nutzung des Internets und der IKT mit sich bringt. Derartige Störungen stehen somit dem Ziel der FOC im Weg, ein offenes und interoperables Internet zu schützen und auszubauen, so wie in der Tallinn-Agenda (Tallin Agenda) dargelegt.

Unabhängig davon, ob staatlich gesteuerte Netzstörungen politische Gegner zum Schweigen bringen, friedliche Proteste einschränken, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger an der Dokumentation von Übergriffen durch Sicherheitskräfte hindern oder auch die wesentliche Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gewährleistung der Verpflichtung zur öffentlichen Rechenschaft untergraben: In den meisten Fällen erfüllen solche Störungen nicht die in Artikel 19 Absatz 3 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) und Artikel 21 IPBPR festgelegten Kriterien für Einschränkungen der Meinungsfreiheit beziehungsweise des Rechts auf friedliche Versammlung. Die FOC ruft alle Regierungen dazu auf, derartige Verletzungen der Rechte auf freie Meinungsäußerung und auf friedliche Versammlung zu beenden.

Vorsätzliche Netzabschaltungen und -störungen untergraben die wirtschaftlichen Vorteile, die das Internet mit sich bringt, und behindern den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie beispielsweise Gesundheitsversorgung. Sie entsprechen nicht den Zielvorgaben der Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere nicht der Zielvorgabe, den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie zu erweitern. Die FOC verweist auf aktuelle Studien der Brookings Institution und der Global Network Initiative, welche die verschiedenen schädlichen Auswirkungen dieser staatlich gesteuerten Netzstörungen deutlich machen. Selbst in Ländern mit geringer Konnektivität haben derartige vorsätzliche Netzstörungen dauerhafte und erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Darüber hinaus untergraben solche Netzabschaltungen und -störungen auch den soziokulturellen Nutzen des Internets. In diesem Zusammenhang hat die UNESCO die Schlüsselrolle hervorgehoben, die Informations- und Kommunikationstechnologien für Kultur und Entwicklung und für ihre Bemühung zum Aufbau von Wissensgesellschaften spielen, die darauf gründet, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, Zugang zu Informationen zu erhalten und ihre Gedanken und Interessen in einem offenen und inklusiven Umfeld zu äußern, das Meinungsvielfalt fördert und von ihr profitiert.

Die FOC unterstreicht die Bedeutung der Resolution des Menschenrechtsrats von 2016 (A/HRC/RES/32/13) über die Förderung, den Schutz und den Genuss der Menschenrechte im Internet,

die einvernehmlich angenommen wurde und Maßnahmen zur vorsätzlichen Behinderung oder Störung des Zugangs zu Informationen oder deren Verbreitung im Internet im Widerspruch zu den internationalen Menschenrechtsnormen unmissverständlich verurteilt.

Ferner ermutigen wir Regierungen, die beiliegenden, von der FOC vorgeschlagenen bewährten Verfahren aufzugreifen, damit derartige Netzstörungen unterbleiben, wobei gleichzeitig eine partizipative und inklusive Internet Governance unter Einbeziehung unterschiedlicher Interessengruppen gefördert, die Internetinfrastruktur gestärkt und die Transparenz verbessert wird. Dies wiederum stellt sicher, dass das Internet für wirtschaftliches und gesellschaftliches Wachstum in den einzelnen Staaten sorgt.

Wir rufen Regierungen, den privaten Sektor, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und Internet-Interessengruppen dazu auf, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und zu billigen, und wir laden Staaten, die ein offenes und interoperables Internet unterstützen, dazu ein, sich um eine Mitgliedschaft in der FOC zu bemühen.

Bewährte Verfahren für Regierungen

Alle Regierungen, die mit Sorge auf die stetige Zunahme staatlich gesteuerter Netzstörungen blicken, welche darauf ausgelegt sind, Internet- und Mobilfunkdienste für einen bestimmten Teil der Bevölkerung oder ein bestimmtes Gebiet unzugänglich oder praktisch unbrauchbar zu machen, um die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung im Internet zu unterdrücken, werden ermutigt, gegebenenfalls folgende Maßnahmen zum Teil oder in ihrer Gesamtheit zu ergreifen oder umzusetzen:

- 1. Öffentliche Verpflichtung zur Beibehaltung oder Ausarbeitung von menschenrechtswahrenden Gesetzen, in denen die beschränkten Voraussetzungen festgehalten sind, unter denen Kommunikationsnetze vorsätzlich gestört werden dürfen, und zwar im Einklang mit Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR).** Die Mitglieder der Freedom Online Coalition verpflichten sich, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) verankerten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu respektieren, und bekräftigen, dass jeder Mensch das Recht auf friedliche Versammlung sowie auf Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung hat. Dies schließt das Recht ein, Meinungen ungehindert anzuhängen, ebenso wie die Freiheit, grenzüberschreitend Informationen und Ideen jeglicher Art zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten, sei es mündlich, schriftlich oder in gedruckter Form, mithilfe von Kunst oder durch andere beliebige Medien.
- 2. Verbesserte Transparenz in den Regulierungs-, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden der nationalen Regierungen.** Die Regierungen können ihr Engagement zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte im Internet dadurch unter Beweis stellen, dass sie Maßnahmen ergreifen, um größere Transparenz in Bezug auf die Frage herzustellen, wie und wann staatliche Stellen Netzstörungen durchführen dürfen.
- 3. Berücksichtigung von Fragen im Zusammenhang mit vorsätzlichen Netzstörungen, die sich nachteilig auf die Menschenrechte auswirken, im Rahmen diplomatischer Aktivitäten, beispielsweise bilateraler und multilateraler Gespräche und Verhandlungen.** Die Regierungen können auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Risiken dieser Art von Netzstörungen in bilateralen und multilateralen Gesprächen eingehen, indem sie ihre Partner ermutigen, von derartigen vorsätzlichen Störungen Abstand zu nehmen, und wirksame menschenrechtswahrende Gesetze, Rechtsvorschriften und Regelungen zum Schutz der Menschenrechte im Internet ausarbeiten.
- 4. Zusammenarbeit mit Internetdiensteanbietern, Mobilfunknetzbetreibern, Unternehmen der sozialen Medien und anderen Interessengruppen, um Strategien und Praktiken zu fördern, die den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte entsprechen und die sich auf die Reaktion auf staatliche Anfragen zur Störung von Internet- und Mobilfunkdiensten zum Zweck der Unterdrückung von Menschenrechten beziehen.** Die FOC ermutigt die Regierungen, in einen Dialog mit Internet-Interessengruppen einzutreten, um zu erörtern, wie die Menschenrechte im Internet gefördert und geschützt werden können, was auch Fragen im Zusammenhang mit derartigen Netzstörungen einschließt.

5. **Öffentliche Erklärungen, die derartige Fälle von Netzstörungen und -koordinierung hervorheben; Abstimmung über die Botschaften in den Ländern, in denen solche Netzstörungen stattfinden, um gemeinsam die Regierungen dazu zu bewegen, solche Maßnahmen zu unterlassen und zu beenden.**

Hintergrund zur Freedom Online Coalition

Die FOC ist ein multilateraler Zusammenschluss von 30 Regierungen, die zusammenarbeiten, um weltweit die Freiheit des Internets zu fördern. Die FOC bietet gleichgesinnten Regierungen ein Forum, um ihre Bemühungen abzustimmen und mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und anderen Internet-Interessengruppen zusammenzuarbeiten, damit die Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten im Internet unterstützt werden. Die FOC lädt alle Staaten, die ein offenes und interoperables Internet unterstützen, dazu ein, sich für die Mitgliedschaft in der FOC zu bewerben.

Auftrag und Leitbild der FOC beruhen auf dem Gedanken, dass die Rechte, die den Menschen außerhalb des Internets zuteilwerden, auch im Internet geschützt werden müssen. Dieser wegweisende Gedanke wurde ursprünglich in der Erklärung von Den Haag zur Gründung der FOC (The Founding Declaration) dargelegt, in der Satzung von Nairobi (Nairobi Terms of Reference), der Tallinn-Agenda (Tallinn Agenda) und der Erklärung von San José (San José Statement) bekräftigt und in den am 5.7.2012, 26.6.2014, 26.3.2015 beziehungsweise 1.7.2016 angenommenen Resolutionen 20/8, 26/13, 28/16 und 32/13 des VN-Menschenrechtsrats sowie in den am 18.12.2013, 18.12.2014 beziehungsweise 19.12.2016 einvernehmlich angenommenen Resolutionen 68/167, 69/166 und 71/199 der VN-Generalversammlung abermals bestätigt.

Die FOC möchte bewährte Verfahren für die Anwendung von Menschenrechtsverpflichtungen und -zusagen im sich stetig fortentwickelnden Internet ermitteln und auf Bedingungen aufmerksam machen, unter denen diese Rechte untergraben werden.

Mithilfe der Digital Defenders Partnership ermöglicht die FOC auch eine schnelle Reaktion auf verschiedene Bedrohungen der Internetfreiheit, von der Unterstützung von Bloggerinnen und Bloggern sowie Cyberaktivistinnen und -aktivisten, die Zielscheibe von digitalen Angriffen werden, bis hin zu Hilfestellung bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte im Internet in einem repressiven Online-Umfeld. Weitere Informationen zur Freedom Online Coalition finden Sie unter <http://www.freedomonlinecoalition.com/>. Weitere Informationen zur Digital Defenders Partnership finden Sie unter <http://www.digitaldefenders.org/>.

www.freedomonlinecoalition.com

twitter.com/FO_Coalition